

Raum, Geschwindigkeit und Sinn in der Zeit der Globalisierung

In der Analyse der internationalen Beziehungen werden Brüche gern überbewertet und dem Mythos der *tabula rasa* zuviel Glauben geschenkt, um neuen Begriffen zum Durchbruch zu verhelfen oder neue Ideen zu fördern. So hat man in den letzten Jahren über das Ende der Geschichte, das Ende der Geographie, das Ende der Geopolitik oder den Untergang des Staats diskutiert. Diese Interpretationen waren alle interessant. Die These vom Ende der Geschichte steckte voller Naivität. Sie erleichterte aber, daß man das Ende des Kalten Kriegs als Ende zielgerichteter Weltgeschichte verstehen konnte. Ende von Geschichte bedeutet selbstverständlich nicht Ende von Gesellschaft, wohl aber Ende von Geschichte, die Sinn, Zielsetzung und Erwartungshorizonte, um den Begriff des deutschen Historikers Reinhardt Koselleck zu benutzen,¹ beansprucht.

Das so differenziert und einfühlsam von Richard O'Brien² analysierte „Ende der Geographie“ verweist auf weniger philosophische Probleme und Debatten. Die These zeigt wachsende materielle und immaterielle Ströme zwischen den verschiedenen Regionen der Welt, schwindende geographische Hindernisse für Botschaften, Ideen, Waren und Dienstleistungen, beschleunigte Prozesse von Gleichzeitigkeit, die durch umwälzende Veränderungen der realen Zeit und die strukturierende Rolle von Geschwindigkeit für den weltwirtschaftlichen Wettbewerb erleichtert werden. Ist die Variable Raum praktisch für alle Akteure wegen gleichen Zugangs zum Raum neutralisiert, verlagert sich der Wettbewerb auf den Bereich der Zeit, wie dies Thomas Hout und George Stalk³ gezeigt haben. Diese Veränderung der äußeren Bedingungen verdrängt jedoch nicht die traditionellen geopolitischen Konfliktstoffe. Die Behandlung der Jugoslawienkrise zeigt, wie sehr die klassische Geopolitik des 19. Jhs. Sichtweisen und Handlungsmuster der staatlichen Akteure durchdrang. Bei der Frage der NATO-Ausweitung nach Osten zeigt sich deutlich die Angst vor dem „Acheson-Syndrom“.⁴

Die großen technischen Veränderungen, vor allem in der Folge der Informationsrevolution als Fusion zwischen Informatik und Telekommunikation, lassen sich leicht auflisten, doch können daraus nur schwer eindeutige Schlüsse über Bedingungen für Organisation von Gesellschaft gezogen werden. Die sozialen und kulturellen Konsequenzen von Erfindungen und Technologien stimmen meist nicht mit den ursprünglichen Erwartungen überein. Die Technik bewirkt selten was oder nur das, was man ursprünglich erwartete. Als das Telefon erfunden wurde, konnte sich niemand vorstellen, daß die Menschen miteinander direkt kommunizieren würden. Man dachte vor allem, daß dadurch Opernaufführungen von den der Bühne ferner liegenden Plätzen besser zu hören wären. Diese Nutzung wurde rasch uninteressant, weil der Opernbesuch immer mehr zu einem sozialen Ritus wurde, um zu sehen und gesehen zu werden, und nicht mehr dem Zweck diente, sich an einer Gesangsdarbietung oder einer Choreographie zu erfreuen. Deshalb sind alle Begeisterungstürme über Internet und Datenautobahnen wahrscheinlich übertrieben. Kommunikationsgemeinschaften auf der Grundlage von Modemen stiften noch keinen Sinn, auf dem Gemeinschaften errichtet werden könnten. Selbst die Geschwindigkeit, die uns bei der heutigen Transformation der Welt entscheidend erscheint, ist relativ und zweideutig. Sicher gibt es Bereiche, wo die Veränderungen grundlegend sind, wie bei ontime-Finanztransaktionen, wo Gewinne in Sekundenbruchteilen berechnet werden. Sobald die Anwendung von Technologie aber mit sozialen oder menschlichen Prozessen und Faktoren verknüpft ist, wird Geschwindigkeit irgendwie langsamer. AIDS hat sich zwischen den USA und Europa und zwischen Afrika und Europa nicht schneller als die Pest zwischen Astrachan (1346) und Marseille (1348) ausgedehnt.⁵

Selbst wenn man die ökonomische, soziale und kulturelle Globalisierung in der Welt betrachtet, kann man nicht von Uniformierung und grundlegendem Wandel sprechen. So hat Paul Krugman zum Beispiel darauf hingewiesen, daß die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von Importen heute nur geringfügig höher als Ende des 19. Jhs. ist.⁶ Vincent Cable zeigt, daß Bevölkerung heute sehr viel weniger mobil ist als vor einem Jahrhundert, als jährlich fast eine Million Menschen Europa verließ und nach Amerika, Brasilien, Kanada oder Australien auswanderte.⁷ In die gleiche Richtung argumentiert David Henderson mit der langen historischen Dauer des langsamen Prozesses der Globalisierung, der schon am Ende der Napoleonischen Kriege begann und nur durch die Weltkriege unterbrochen wurde. Er zeigt,

daß heute nicht einmal die Finanzmärkte stärker liberalisiert und integriert sind als 1913.⁸ Tatsächlich wird die heutige Welt weder durch das Ende des Kalten Kriegs noch durch die Beschleunigung der Globalisierung, sondern durch die Verflechtung beider Prozesse bestimmt.

Es verwundert, daß die beiden Dimensionen nie zusammen gesehen werden. Strategen reden über Strategie und Globalisten über Globalisierung. Wichtigstes Kennzeichen der gegenwärtigen Welt scheint aber das zeitliche Zusammentreffen beider Prozesse zu sein: Mit dem Ende des Kalten Kriegs entsteht eine Welt ohne feste Bezugspunkte, mit der Globalisierung eine Welt ohne Grenzen. Die Schwierigkeiten, die Nach-dem-Kalten-Krieg-Zeit zu denken, besteht gerade darin, daß wir eine Welt ohne Bezugspunkte in einer Welt ohne Grenzen denken müssen. Zu einem Zeitpunkt, wo wir in besonders hohem Maße Bezugspunkte bräuchten, um uns eine größere Welt vorzustellen, verschwinden Bezugspunkte selbst als Begriff.

Um diese Verknüpfung zwischen dem Ende bipolarer Strukturen und der Globalisierung zu verstehen und zu analysieren, benutze ich zwei Beispiele: das Ende der Supermächte und die Krise von Universalität.

1. Das Ende der Supermächte

Das Ende der Supermächte ist die wichtigste Strukturveränderung, die das Ende des Kalten Kriegs bewirkt, und ergibt sich aus dem Zusammenwirken des Endes ideologischer Polarisierung und der Beschleunigung von Globalisierung.

Zur Begründung ist vor allem zu betonen, daß mit dem Zusammenbruch der UdSSR sich erstmals in der modernen Geschichte die Struktur des internationalen Systems ohne vorhergehenden größeren militärischen Konflikt zwischen den Führungsmächten völlig veränderte. Das hat es bisher nie gegeben. Dies führt sicher nicht zur Durchsetzung eines weltweiten Friedens zwischen den Nationen. Die internationalen Ereignisse widerlegen diese Interpretation täglich. Ich denke aber, daß die zwischenstaatliche Regulierung im Weltsystem zurückgeht, wenn man mit Charles Tilly akzeptiert, daß Kriege das zwischenstaatliche System am meisten gestärkt haben, weil sie zur wesentlichen Grundlage von Identität für moderne Nationen wurden.⁹ Allerdings nimmt weniger kriegerische Gewalt allgemein, sondern eher die Regulierung solcher Gewalt durch die Staaten ab, weil sich erstmals

eine große Veränderung unabhängig von jeder klassischen zwischenstaatlichen Regulierung vollzieht. Nicht zufällig sind inzwischen 90 Prozent aller internationalen Konflikte nicht klassische zwischenstaatliche, sondern internationalisierte Konflikte über gesellschaftliche Probleme und Identitäten. Staaten stehen bei diesen Konflikten immer in der Nähe des Geschehens, so daß das so lautstark angekündigte Ende der Staaten nicht abzusehen ist. Analysen internationaler Beziehungen, die die Staaten für überholt erklären, sind wenig glaubwürdig. Allerdings ist klar, daß die zwischenstaatliche nur noch eine Form von Regulierung des internationalen Systems unter anderen ist. Die Staaten verstärken dies selbst. Ihre Repräsentanten sind vom Rückgang ihres Einflusses und ihrer Macht z. B. gegenüber den Finanzmärkten oder der wirtschaftlichen Globalisierung überzeugt. Sie instrumentalisieren hier eine Strategie des niedrigen Profits gegenüber ihren öffentlichen Meinungen, nicht so sehr, weil sie endlich die Vorzüge größerer politischer Bescheidenheit erkannt hätten, sondern weil sie durch Anerkennung ihrer nur relativen Macht Untätigkeit und Irrtümer vorab legitimieren.

Der Begriff der Supermacht scheint mir also zunächst deshalb überholt, weil sich die weltweite Dynamik nicht mehr auf staatliche Aktionen beschränkt, zudem weil kein Staat bereit ist, die Probleme der Welt auf der Grundlage einer Vision dieser Welt zu lösen. Zwar ist die Welt zu groß und zu komplex geworden, um durch staatliche Handlungslogiken voll erfaßt zu werden, doch bedeutet das Ende der Supermächte weder, daß Schwächere nicht mehr durch Stärkere beherrscht werden, noch daß an Macht, Prestige oder Interesse orientierte Handlungslogiken verschwinden, sondern nur, daß selbst der Begriff weltweiter Verantwortlichkeit eines für Werte und Interessen und deren Durchsetzung stehenden Staats verschwindet. Aus diesem Grund ist die Thematik einer Ablösung vorgestern Großbritanniens, gestern der Vereinigten Staaten und morgen Japans kein geeigneter Analyse-rahmen. Die konkurrierende These herrschender Multipolarität kann man allerdings nur in dem Sinne vertreten, daß es nicht eine einzige, sondern unterschiedliche multipolare Konstellationen gibt, politische (Sicherheitsrat) und ökonomische (G-7), nicht aber eine globale Multipolarität. So wird Japans Währung trotz seiner Stellung als größter Finanzmacht der Welt selbst von den asiatischen Ländern kaum als Reservewährung genutzt. Multipolarität ist also ein außerordentlich unausgereifter Begriff und kann als Strukturprinzip erst diskutiert werden, wenn sich drei große Währungszonen herausgebildet haben.

Dazu muß Europa eine gemeinsame Währung schaffen und Japan die staatliche Kontrolle über die Geldmenge wenigstens teilweise aufgeben.

In einer Gegenbewegung gegen Globalisierung versuchen die Nationen, sich wiederzufinden, indem sie sich auf „ihre Differenz wiederbesinnen“, auch wenn dies Illusion oder Chimäre ist. Für sie wird die „Filterung“ der unbestreitbaren Globalisierung wichtig, wobei sie implizit der – weitgehend falschen – Idee anhängen, es gäbe eine Alternative zwischen der Regelung der eigenen inneren Probleme und äußeren Verflechtungen, zwischen mehr Arbeitsplätzen durch außenwirtschaftliche Erfolge und Arbeitsplatzverlusten im Innern oder zwischen der Aufnahme von Fremden und der Bewahrung der eigenen Identität. In einem postideologischen Kontext behandeln manche Globalisierung als Prozeß, bei dem man erneut auf der Grundlage eines Nullsummenspiels eine Trennung zwischen sich selbst und den andern errichten könne. In einigen Ländern, so vor allem in Frankreich, gibt es schon wahlsoziologisch erfaßbare Verhaltensmuster, die auf vier Parametern beruhen, der Angst vor der Einigung Europas, der Angst vor Ausländern, der Angst vor Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Angst vor weltweiter Konkurrenz. Diese „Korrelation der Ängste“ führt zu einem regional engen Bezug zwischen Abstimmungsverhalten zugunsten des Front National, Stimmen gegen Maastricht, regionalen Arbeitslosenquoten und Stärke der Ausländerbevölkerung. Diese Korrelation ist in fast allen Regionen Frankreichs außer dem Elsaß stark, wo aus leicht verständlichen spezifischen historischen und kulturellen Gründen Ausländerfeindlichkeit nicht mit Europafeindlichkeit zusammenfällt.¹⁰

Allerdings sollte man bei der Diskussion über Mächte des Staatensystems nicht deren Beharrungsvermögen übersehen. Weil man an diese so wichtige Tatsache zu wenig gedacht hat, wurde seit dem Ende des Kalten Krieges unterschätzt, wie ungeheuer Rußland durch den Verlust seines Weltreichs gedemütigt worden ist.

Die Thesen von Unipolarität und Niedergang schließen sich bei der Betrachtung der Staaten nicht aus. Die USA bleiben wirtschaftlich, finanziell, auch kulturell und natürlich militärisch eine große Macht. Die oft diskutierte Hypothese einer Rückkehr zum Isolationismus scheint mir falsch. Man geht nicht in wenigen Jahren von Überengagement zu Isolationismus über, und dies zu einer Zeit, in der Amerika den Austausch mit der Welt intensiviert und den Rest der Welt für seinen Wohlstand braucht. Der Versuch, einseitig wirtschaft-

liche Vorteile durch eine ad-hoc-Kombination von Marktöffnung und Absatzgarantien für amerikanische Produkte zu erzielen, spiegelt diese beiden Prozesse, wachsende Abhängigkeit gegenüber dem Rest der Welt und Relativierung amerikanischen Einflusses. Durch intensiveren Bilateralismus anerkennen die Vereinigten Staaten, daß multilaterale Regelungen sie nicht immer begünstigen. Dennoch bleibt die amerikanische Wirtschaft vor allem dank des hohen Anteils von Dienstleistungen am Bruttosozialprodukt die bei weitem wettbewerbsfähigste der Welt. Ende 1995 waren die USA z. B. bei ausländischen Investitionen in der ehemaligen DDR führend.

Hier muß allerdings nachdrücklich unterstrichen werden, daß der Begriff einer Weltmacht allmählich seinen Sinn verliert. Symmetrisch dazu werden soziale Faktoren bei der Bestimmung von Macht wichtiger, und zwar aus drei miteinander zusammenhängenden Gründen: Wirtschaftliche und soziale Entwicklung werden zunehmend entkoppelt: Gerade in den USA wachsen Wirtschaft und Ungleichheit gleichzeitig, aber auch in Europa kündigt der wirtschaftliche Wiederaufschwung keine Abnahme von Arbeitslosigkeit an.

Deshalb, und dies wäre mein zweites Argument, konzentriert sich in einer Welt ohne größere ideologische Auseinandersetzungen über die zentrale Rolle des Marktes bei der Regulierung der Wirtschaft die politische Debatte auf das Soziale, also auf Wege zur Verminderung des wachsenden Abstands zwischen wirtschaftlicher Leistung und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Dadurch wächst das Soziale aus der Rolle eines Mittels zur Festigung des Zusammenhalts einer Nation hinaus und wird Grundlage internationaler politischer Identität. Nur der soziale Zusammenhalt verschafft Europa ein eigenständiges Profil gegenüber den USA. Für Japans Behauptung von Identität gegenüber Europa und den USA ist sozialer Zusammenhalt zentral.

Mein drittes Argument lautet, daß wirtschaftlicher Wettbewerb immer weniger auf die Beseitigung von Zoll- und anderen Handelshemmnissen, sondern auf die Vereinheitlichung der sozialen Bedingungen von Produktion und Wirtschaftsaustausch zielt. Die weltweite Wettbewerbsfähigkeit wird mit den Quadratmeterpreisen in Tokio oder dem Besitz zahlreicher Kreditkarten gemessen. Diese Veränderung der Rolle von Wettbewerb wirft neue drängende Fragen auf, unter denen mir folgende besonders bedeutsam scheint: Schafft der weltweite Wettbewerb Bedingungen für eine tiefe Integration zwischen den Gesellschaften? Daraus folgt die Frage, wie sich das Problem von Universalität in Zeiten der Globalisierung stellen läßt.

2. Ermüdung beim Engagement für Universalität

Auf zwangsläufig schematische Weise läßt sich sagen, daß Globalisierung aus verschiedenen Gründen Universalität nicht unbedingt begünstigt.

– Die Relativierung euroamerikanischer Denkmuster, z.B. bei der Definition der Menschenrechte, ist unbestreitbar. Sie kann als Bereicherung, aber auch als indirekter Versuch ihrer Verwässerung interpretiert werden. Nicht zufällig berufen sich autoritäre Regime in der islamischen Welt oder in Asien auf Geschichte und Kultur, um lokale Besonderheiten in die Menschenrechtsdefinition einzuführen. Ist dies nicht schließlich die sichtbarste Manifestation des so häufig zitierten Zusammenstoßes der Kulturen? Ich bestreite dies aus zwei Gründen: Bei der Lektüre der Dokumente der Konferenz von Wien beeindruckt der große Unterschied in den Stellungnahmen zwischen den asiatischen Regierungen und den asiatischen Nichtregierungsorganisationen. Wir dürfen die Positionen dieser Nichtregierungsorganisationen nicht vernachlässigen.¹¹ Zudem kommt der sich auf Kultur berufende partikularistische Diskurs zur gleichen Zeit hoch, wie die demokratischen Forderungen Fortschritte erringen. Wie soll man von einem spezifisch asiatischen Widerspruch zur Demokratie sprechen, wenn die Gesellschaften in Taiwan, Singapur, Thailand und Malaysia in den letzten beiden Jahrzehnten in jeder Hinsicht viel offener geworden sind? Die Kontroverse über eine asiatische Besonderheit kann man sicher nicht ohne Berücksichtigung dieses entscheidenden Widerspruchs führen, der nun doch die Relevanz der These eines „Zusammenstoßes“ der Kulturen sehr wesentlich einschränkt.

– Zwar nimmt abstrakte Universalität ab, doch eine „auf Nähe beruhende Universalität“ nimmt zu, bei der vor allem konkret erlebte Situationen – der Frauen, der Kinder und der Minderheiten – anstelle allgemeiner Prinzipien Orientierung geben.

– Ohne Scheitern westlicher Universalität kann der Aufstieg islamistischer Strömungen in den muslimischen Gesellschaften nicht verstanden werden.

– Globalisierung erzwingt eine erneute Definition eigener Besonderheit auf der Basis des Freudschen Mechanismus „untergeordneter Differenzen“.¹² Die härtesten Konflikte entzweien nicht radikal verschiedene Gesellschaften, sondern einander sehr nahestehende. Bestes Beispiel sind die Kriege in Jugoslawien.

– Durch die Entwicklung multikultureller Gesellschaften im Westen

wird Universalität zu einem internen Problem: positiv durch die Suche nach Regeln für das Zusammenleben zwischen Gemeinschaften verschiedener fremder Herkunft, negativ durch die Zunahme von Rassismus und Intoleranz: Jeder hat die ganze Welt vor der eigenen Haustür, so daß er zuerst zu Hause seine eigene Beziehung zur Welt klären muß. Diese Entwicklung ist in den Vereinigten Staaten besonders beeindruckend, wo man immer weniger von der Erschließung einer „neuen Grenze“ und immer mehr von der Suche nach gemeinsamen Grundlagen für die verschiedenen Gemeinschaften spricht.

– Solidarität erstreckt sich immer weniger auf „außen“ und immer mehr auf „innen“, weil Globalisierung Brüche in den sozialen Strukturen und den Identitäten vertieft: Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigung, soziale Desintegration. Diese Orientierung nach innen ist vor allem in Deutschland, aber auch in Frankreich und in den Vereinigten Staaten offensichtlich.

Der Rückgang universalistischer Themen ist Ausdruck der Schwierigkeiten der Gesellschaften, Zukunftsprojekte zu entwickeln. Symbole und Werte, auf die eine Zukunftsperspektive gedanklich gegründet werden könnte, sind verlorengegangen. Über die sozialen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungen sind die Gesellschaften, besonders bei ihren Mittelklassen, in ihrem Aufstieg blockiert. Die amerikanische Gesellschaft verdeutlicht dieses doppelte Phänomen: Sie kann kein Zukunftsprojekt entwickeln, weil ihre Mittelklassen blockiert sind.¹³

Im Auftauchen weltweiter gesellschaftlicher Koalitionen, die sich als Antwort auf neue Herausforderungen oder Probleme, vor allem im Bereich der Umwelt bilden (um ein Beispiel zu geben), liegt die einzige starke Tendenz, die diesem Rückgang an Universalität entgegenwirkt. Wie in anderen Fällen sind aber auch hier selbst starke oder durchsetzungsfähige Koalitionen nicht wirklich universell. Die Idee der Universalität verschwindet nicht. Sie wird auch nicht einfach mit neuen Themen wiederbelebt. Vielmehr kombinieren nicht direkt verbundene Fragmente weltweit verbreiteten Bewußtseins (P. Hassner) je nach Situation ethische Universalität und kulturellen Relativismus in jeweils unterschiedlichem Ausmaß.

3. Der Übergang zu einem weltweiten gesellschaftlichen System

Aus diesen willkürlich herausgegriffenen Entwicklungen lassen sich natürlich vielfältige Schlüsse ziehen. Am wichtigsten ist der Über-

gang von einer *weltweiten politischen Ordnung* zu einem weltweiten gesellschaftlichen System oder genauer zu einer weltweiten gesellschaftlichen Ordnung, weil diesen verschiedenen Teilprozessen gemeinsam ist, daß sie sich nicht *wechselseitig zu einem System verdichten*.

In diesem weltweiten gesellschaftlichen Prä-System ist der Einfluß von drei großen Prozessen bestimmend:

- der Logik der zwischenstaatlichen Beziehungen,
- der weltweiten ökonomischen Integration und
- der wechselseitigen Durchdringung der Gesellschaften.

Diese drei dynamischen Prozesse waren selbstverständlich schon früher wirksam, auch in der Welt, die wir vor 1989 kannten. Sie unterliegen aber seit einigen Jahren zwei wesentlichen Veränderungen. Die erste liegt im Verlust des Vorrangs staatlicher Regulierungen gegenüber anderen Regulierungsmechanismen. Dazu zwei Beispiele: der im Verhältnis zu den Währungsreserven der Zentralbanken immer größere Umfang der Finanzmärkte und die im Verhältnis zu den öffentlichen Transfers viel größeren Privatinvestitionen in Entwicklungsländern. Die Neuordnung der Welt ist nicht gescheitert, weil dies an sich ein zu optimistisches Projekt gewesen wäre, sondern weil jede nur zwischenstaatlich organisierte internationale Ordnung für sich allein nicht mehr Gleichgewicht oder gar Stabilität des weltweiten gesellschaftlichen Systems garantieren kann.

Die zweite Veränderung beruht in den zunehmenden Verflechtungen zwischen den drei angegebenen Prozessen. So hat das Ende des Kalten Krieges offensichtliche Folgen für die wechselseitige Durchdringung von Gesellschaften, zwischen denen zuvor Freizügigkeit wegen politischer und ideologischer Konflikte beschränkt war. Das ist zunächst einmal in Europa beeindruckend, wo der Fall der Mauer gezeigt hat, wie radikal Gesellschaften auch über die allerautoritärsten Staaten triumphieren konnten. Dies gilt aber auch für Asien, zwischen China und Rußland, Vietnam und seinen Nachbarländern, sowie Zentralasien und der Türkei. Die technologischen Veränderungen haben ebenso eine wachsende Bedeutung für die Kommunikation zwischen den Gesellschaften. Die funktionale Komplementarität zwischen technischen Veränderungen (Internet, Fax, Satellitenfernsehen) und dem *Entstehen weltweiter gesellschaftlicher Koalitionen* ist offensichtlich, in denen persönliche Fähigkeiten zu eigenem Urteil, Analyse und Engagement eine wichtige Rolle spielen.

4. Welche Regulation für dieses in Entstehung begriffene gesellschaftliche System?

Grundsätzlich verfügen wir über vier große Paradigmen der Analyse:

- die Regulation von oben nach dem Muster „global governance“;
- die politische Regulation durch Demokratie und Markt;
- die Regulation durch abgeschirmte, im Innern marktgesteuerte regionale Räume;
- die Regulation durch den Partikularismus eigener Identität.

Diese vier Paradigmen verweisen auf vier Schlüsselbegriffe des internationalen Lebens: Globalisierung, Regionalisierung, Identität und Markt. Prüft man den Begriff der „global governance“ genauer, stellt man leicht fest, daß er auf zwei Hypothesen beruht:

- Als Folge von Globalisierung entstehen weltweite öffentliche Güter, die der Markt nicht mehr allein regulieren kann, die er aber sehr wohl zerstören kann (Menschenhandel, Organhandel, Medikamentenhandel, Drogenhandel usw.).
- Globalisierung der Probleme erfordert Globalisierung der Lösungen.

Obwohl diese Hypothesen Interesse verdienen, stehen ihnen zwei Gegenargumente gegenüber, die Notwendigkeit von Subsidiarität und die Frage der Legitimität:

- Globalisierung der Probleme muß nicht immer Globalisierung der Lösungen bedeuten. Die Probleme der globalen Sicherheit sind zum Beispiel sehr wichtig, doch stellt man anhand des Kriegs in Jugoslawien fest, daß die entscheidende Variable regional ist, daß die internationale Gemeinschaft ein abstrakter Begriff ist, die klassischen geopolitischen Faktoren sehr gegenwärtig sind und Japan mit oder ohne Globalisierung sich nur mit ebenso geringer Wahrscheinlichkeit für Jugoslawien wie die Europäer für den Konflikt um die Spratley-Insel interessiert.
- Natürlich stellen sich eine ganze Reihe gesellschaftlicher Probleme inzwischen weltweit. Sie können nur durch eine weltweite Konzertierung gelöst werden, die aber keine weltweit zuständigen Institutionen erfordert, weil entscheidende Aktionen stets nur auf regionaler Ebene möglich sind. In Europa ist für den Kampf gegen Kriminalität und organisiertes Verbrechen *Europol* zuständig.

Die als Folge von Globalisierung auftretenden Probleme können nicht in einer neuen Weltarchitektur supranationalen Typs, einer Art weltweitem Maastricht, dessen Ziel die vertiefte Integration der Ge-

sellschaften wäre, gelöst werden. Vielmehr erfordern sie Subsidiarität, die im europäischen Einigungsprozeß einen reichen und fruchtbaren Beitrag geleistet hat. Die Zukunft der internationalen Regulation erfordert eine *weltumfassende Subsidiarität* in Verantwortung und Aktion. Natürlich ist dieses Prinzip nur sehr schwer durchzusetzen, weil es wie in Europa gleichzeitig die Tür für die Renationalisierung von Entscheidungen und die Entlassung kollektiver Instanzen aus der Verantwortung öffnet. Dennoch handelt es sich um die am meisten realistische Hypothese, um Funktionsfähigkeit zu erreichen:

Das zweite Problem mit dem Begriff „global governance“ betrifft die Legitimität derer, die in ihrem Namen reden. Ein Problem jeder nationalen oder internationalen Regulierung ist die politische Legitimierung derer, die diese Regulation handhaben. Die Debatten über Maastricht haben gezeigt, wie sehr Repräsentativität und Legitimität von nun an für den europäischen Einigungsprozeß zentral werden.

5. Das Auftauchen räumlicher Sinngemeinschaften?

Langfristig läßt sich die Weltordnung nur stabilisieren, wenn Regionen entstehen, die sich in gemeinsamer Sinndeutung zusammenfinden. Ein geographischer Raum mit gemeinsamer Sinndeutung läßt sich als Gemeinschaft miteinander aufgrund von Werten und eigenen Interessen verbundener politischer Gesellschaften definieren, die weder gleich noch homogen sind, aber sich kollektiv in den drei Dynamiken der Weltpolitik einbringen wollen, Tausch (Markt), Symbole (Identität) und Sicherheit (Strategie). Hinter der Vorstellung eines Raums gemeinsamer Sinndeutung steht als Konstitutionsprinzip Gemeinsamkeit in Identität und Politik, die nur durch kollektiven Willen und ein Mindestmaß an Konsensus zustande kommen kann.

In der heutigen Welt gibt es vier Räume, in denen die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Anforderungen vorhanden sind: Der amerikanische Raum, der europäische Raum, der muslimische Raum und der asiatische Raum. Noch existieren diese Räume nicht. Sie bilden sich mit großen Schwierigkeiten in den jeweiligen historischen und kulturellen Kontexten und nur langsam mit zudem unterschiedlichen Geschwindigkeiten. In drei dieser Räume (Amerika, Europa, Asien) ist die Wirtschaft Motor der Bildung der Räume. Man spürt aber auch in diesen drei Räumen, daß wirtschaftliche Gründe nicht ausreichen, um ein solches Ganzes zu schaffen. Im muslimischen Raum fehlt – abgesehen von den islamischen Banken – die ökonomische

Dynamik fast völlig, während hier die Thematik der gemeinsamen Identität sehr gegenwärtig ist. Die drei Räume haben etwas gemeinsam: Sie existieren vor allem in der Sicht der anderen, mit, wie in solchen Fällen üblich, großen Unterschieden zwischen der Vorstellung jedes Raumes von sich selbst und der Vorstellung, die er von anderen Räumen hat. Diese verfälschenden Spiegelungen beruhen in den meisten Fällen auf einer Überschätzung der Kohärenz des anderen oder der anderen und einer Unterschätzung der eigenen Fähigkeiten, vor allem, wenn der Raum noch durch Konflikte gekennzeichnet ist. Solche Unterschiede treten bei der Konstruktion sozialer Akteure immer auf (man schematisiert, was man nicht kennt), doch sind sie selbst ein politisches Konstrukt: Aus Sorge über die unterstellte Kraft des anderen wächst der eigene Zusammenhalt in der Hoffnung, man könne auf diese Weise dem anderen ebenbürtig oder überlegen werden. So haben die Europäer in der gegenwärtigen Situation den Eindruck, ihre Einheit und Macht seien gefährdet, vielleicht sogar gering, während die äußeren Akteure, vor allem die Immigranten, in Europa eine politische Realität sehen, gegenüber der der Versuch, nationale Unterschiede auszuspielen, zum Scheitern verurteilt ist. Im Gegensatz dazu haben die Europäer manchmal eine vereinfachte oder idealisierte Sicht des asiatischen Raums, obwohl hier ökonomisch, kulturell, institutionell oder gar politisch der Grad an Integration viel geringer ist als in Europa. Der Unterschied zwischen der europäischen Sicht der Einheit und des Zusammenhalts der islamischen Welt und deren Realität ist geradezu rührend. Hier wie auch anderswo sind aber Vorstellungen, die Sicht des anderen, ja auch die Einbildung (im Sinn Andersons) integraler Bestandteil der Prozesse der Konstruktion von Sinn und Identität, deren Bedeutung der Bedeutung von Handelsströmen oder geopolitischen Beziehungen entspricht.

Damit allerdings solche Räume sich tatsächlich bilden können, müssen sie eine Reihe von Bedingungen erfüllen, die ihnen Dauerhaftigkeit im internationalen System verschaffen können. Ich verweise auf drei: die Fähigkeit, die Welt zu verstehen, nämlich ein Raster für das Verständnis der Welt und ihrer Gefährdungen in der Zeit der Globalisierung zu entwickeln, die Fähigkeit, mehr oder weniger kohärent eine Perspektive eigener Identität aufzuzeigen, und die Fähigkeit, diese Werte in politisches Verhalten zu transformieren.

Natürlich erfordert dies alles Zeit und wird sich in sehr unterschiedlichen Organisationsformen vollziehen. Wahrscheinlich wird aber durch dieses Auftauchen von Räumen gemeinsamer Sinnggebung die Welt langfristig ein gewisses Gleichgewicht erhalten.

- 1 R. Koselleck, *Le futur passé. Contribution à la sémantique des temps historiques*, Paris 1990.
- 2 Vgl. G. O'Brien, *Global Financial Integration: the End of Geography*, London 1992.
- 3 Th. Hout/G. Stalk, *Vaincre le temps. Reconcevoir l'entreprise pour un nouveau seuil de performance*, Paris 1992.
- 4 V. Scardigli, *Les sens de la technique*, Paris 1992.
- 5 M. Featherstone (Hrsg.), *Global Culture. Nationalism, Globalization and Modernity*, London 1990.
- 6 P. Krugmann, *The Localization of the World Economy*, in: *New Perspectives Quarterly*, 12 (Winter 1995), S. 37.
- 7 V. Cable, *The Diminishing Nation-State: a Study in the Loss of Economic Power*, in: *Daedalus*, 124, 1 (Frühjahr 1995), S. 35.
- 8 D. Henderson, *Internationalisation: the Dawn of a New Era?* (17. Mai 1994, unveröff. Artikel), S. 3.
- 9 Ch. Tilly, *Coercion, Capital and European State AD 1990-1992*, Cambridge 1992, S. 83.
- 10 Dies habe ich ausgeführt in: *La corrélation des peurs*, in: *La Croix* (26. Mai 1995).
- 11 Die Erklärung der am Forum Asien-Pazifik teilnehmenden Internationalen Nicht-regierungsorganisationen betonte sehr nachdrücklich, daß „in bezug auf die Durchsetzung der Menschenrechte ein umfassender und integrierter Ansatz“ notwendig sei und daß „man nicht eine Kategorie von Rechten gegen eine andere aufrechnen“ könne. Nations Unies, *Conférence mondiale des droits de l'homme, Assemblée générale A/ Conf. 157/ASRM/4* (30. März 1993), S. 7.
- 12 Dieser Punkt ist sehr gut behandelt in: M. Ignatieff, *Blood and Belonging: Journey into the New Nationalism*, London 1994.
- 13 Vgl. K. Newman, *Declining Fortunes: the Withering of the American Dream*, New York 1993. Siehe auch: N. Lemann, *Mysteries of the Middle Class*, in: *New York Review of Books* (3. Februar 1994).